

Zur Bedeutung Schlesiens als Wirtschaftsfaktor während des Zweiten Weltkriegs

von
Konrad Fuchs

I.

Eine Darstellung der Rolle Schlesiens als Wirtschaftsfaktor während des Zweiten Weltkrieges hat auszugehen von einer Skizzierung der Entwicklung des Landes zwischen den beiden Weltkriegen und im Zusammenhang damit einer Würdigung seiner wirtschaftspolitischen Situation am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, da das Ausmaß seiner Bedeutung während der Kriegsjahre von 1939 bis 1945 von einer derartigen Voraussetzung her wohl am besten veranschaulicht werden kann.

Die Auswirkungen des Friedensvertrages von Versailles vom Jahre 1919, vor allem aber die nach der Volksabstimmung in Oberschlesien vom 20. März 1921 von der Pariser Botschafterkonferenz am 20. Oktober 1921 beschlossene Abtretung eines 3 213 Quadratkilometer umfassenden Gebietes mit wertvollen Bodenschätzen, darunter insbesondere Steinkohle, Galmei und Blei, sowie bedeutenden Industrieanlagen an Polen waren Anlaß für einen schwerwiegenden Niedergang der Wirtschaft Schlesiens.¹

Von den Kohlenvorräten, dem bedeutendsten Rohstoff Oberschlesiens, die zu Beginn der zwanziger Jahre in einer Quantität von 80 bis 90 Milliarden Tonnen ermittelt waren, entfielen auf Polen nach der Teilung neun Zehntel, auf Deutschland lediglich ein Zehntel. Dementsprechend waren auch die Förderungsverhältnisse: Im polnischen Teil des Reviers wurden 80 v. H., im deutschen Teil 20 v. H. der Steinkohle produziert. Noch ungünstiger waren die Auswirkungen auf den Erzbergbau und die Erzverarbeitung, da sämtliche Blei- und Zinkhütten an Polen fielen.²

So nachteilig der Verlust an Bodenschätzen und Produktionsanlagen einschließlich einer zum Teil hochqualifizierten Arbeiterschaft sich für die deutsche Wirtschaft auch auswirkte, von der wertmäßigen Bedeutung des verlorengegangenen Gebietes einmal abgesehen: kaum weniger negativ waren die Konsequenzen, die aus dem Auseinanderreißen eines Industriekörpers erwachsen, der innerhalb eines Zeitraums von mehr als 150 Jahren organisch gewachsen war. Denn durch die zwar politisch motivierte,

1) B. Knochenhauer: Die oberschlesische Montanindustrie (Die deutsche Wirtschaft und ihre Führer, Bd 9), Gotha 1927, S. 97 ff.; Gemeindelexikon für den Freistaat Preußen, Bd VII: Provinz Oberschlesien, nach dem endgültigen Ergebnis der Volkszählung vom 16. Juni 1925 und anderen amtlichen Quellen unter Zugrundelegung des Gebietsstandes vom 1. März 1932 bearb. vom Preußischen Statistischen Landesamt, Berlin 1932, S. XII ff.; K. Fuchs: Schlesiens Industrie. Eine historische Skizze (Silesia. Publikationen des Kulturwerks Schlesien e. V., Folge 2), München 1968, S. 39.

2) Knochenhauer, S. 100 f.

im Grunde genommen jedoch handfeste ökonomische Ziele verfolgende Grenzziehung war der Austausch von Roh-, Halb- und Fertigwaren innerhalb des gesamtoberschlesischen Reviers zumindest erschwert, wenn nicht gar unmöglich geworden, trotz der vielfachen, in der am 15. Mai 1922 zwischen Deutschland und Polen abgeschlossenen „Genfer Konvention“ verankerten Bemühungen, die Organisationseinheit zu erhalten. Hervorgehoben sei, daß — jedenfalls zunächst — die in Art. 224 des Genfer Abkommens für eine Übergangszeit von drei Jahren vorgesehene zollfreie Einfuhr ostoberschlesischer Eisenerzeugnisse hilfreich war, da sie die Zerreißung der bisherigen Austauschmöglichkeiten nicht abrupt spürbar werden ließ. Doch hatte Oberschlesien nicht nur die unmittelbar aus der Teilung resultierenden Folgen zu überwinden; hinzu kamen die vom Ersten Weltkrieg für die gesamtdeutsche Wirtschaft ausgehenden Probleme — genannt sei lediglich die Inflation —, darüber hinaus die für die Weltwirtschaft, die in der Weltwirtschaftskrise von 1929 ihren sinnfälligsten Ausdruck fanden.³

Es stellt eine außergewöhnliche Leistung der Wirtschaft Schlesiens dar, daß es ihr trotz des Verlustes wichtiger Rohstoffe und Produktionsstätten in Ostoberschlesien sowie bedeutender Absatzmärkte in Polen und der Tschechoslowakei gelang, ihre bis 1914 dominierende Stellung in Ostdeutschland, darüber hinaus in großen Teilen Osteuropas, zurückzugewinnen. Vom gesamten industriellen Produktionswert Ostdeutschlands entfielen nämlich im Jahre 1936 etwa 64 v. H. auf Schlesien.⁴ — Eine detailliertere Betrachtung der schlesischen Wirtschaft läßt deren Bedeutung noch herausragender erscheinen. So blieb beispielsweise der Zink- und Bleibergbau Oberschlesiens innerhalb der gesamtdeutschen Wirtschaft führend, denn 75 v. H. der Zink- und 40 v. H. der Bleiproduktion Deutschlands entfielen vor dem Zweiten Weltkrieg auf das oberschlesische Revier.⁵

Doch nicht nur die Schwerindustrie Ostdeutschlands war nach wie vor in Schlesien konzentriert. Auch der bedeutendste Teil der eisenverarbeitenden Industrie im ostdeutschen Raum hatte trotz der Schwierigkeiten, mit denen Schlesien nach dem Ersten Weltkrieg infolge des Verlustes von eisenproduzierenden Werken und wichtigen Märkten kämpfen mußte, weiterhin in der Provinz Schlesien seinen Sitz, vor allem in ihrem niederschlesischen Teil: Hirschberg, Waldenburg und Breslau, ebenfalls Schweidnitz, waren bzw. entwickelten sich zu Schwerpunkten des Kraftmaschinenbaus. In Neisse, Breslau, Ratibor und Bunzlau wurden Werkzeugmaschinen, in Breslau, Liegnitz und Brieg Holzbearbeitungsmaschinen, in Görlitz, Grünberg und Landeshut Textilmaschinen hergestellt. Breslau galt zudem

3) Vgl. hierzu u. a. G. Clausing: Die wirtschaftlichen Wechsellagen von 1919 bis 1932, Jena 1933; B. Harms: Strukturwandlungen der Deutschen Volkswirtschaft, 2 Bde, Berlin 1928; J. M. Keynes: Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages, München, Leipzig 1920.

4) H. P. Seraphim: Die Wirtschaft Ostdeutschlands vor und nach dem 2. Weltkrieg (Die Deutschen Ostgebiete, Bd 1), Stuttgart 1952, S. 35.

5) Ebenda, S. 36.

als Zentrum für die Produktion von Fabrikarmaturen und Präzisionsinstrumenten, Freiburg für Uhren und Schweidnitz für Zähler. Zu den bedeutendsten Waggon- und Triebwagenwerken des europäischen Kontinents gehörte die Linke-Hofmann-Busch AG, deren Zentrale ihren Sitz in Breslau hatte.⁶

Auch die Industrie der Steine und Erden hatte ihre führende Position im ostdeutschen Raum bewahren können, obwohl die private Bautätigkeit zwischen den beiden Weltkriegen und ebenso die öffentliche bis 1934 relativ gering war.

Auch die leichtkeramische Industrie Schlesiens, d. h. die für die Erzeugung von Glas, Porzellan, Tonwaren etc., hatte neben der böhmischen, belgischen und französischen Kristallmanufaktur eine nach wie vor führende Position auf den internationalen Märkten. Ihre Leistungsfähigkeit insbesondere auf dem Gebiet der Glasveredelung, mithin des Schleifens, des Färbens und des Vergoldens, war unangefochten. Beschäftigt wurden in der leichtkeramischen Industrie der schlesischen Provinz vor dem Zweiten Weltkrieg insgesamt 61 400 Menschen.

Die übrigen Wirtschaftszweige Schlesiens konnten ihre Bedeutung, die sie bereits vor dem Ersten Weltkrieg besessen hatten, allen Widrigkeiten und Schwierigkeiten zum Trotz, die sich aus der Situation des Landes infolge der Auswirkungen der Kriegsjahre von 1914 bis 1918 ergaben, ebenfalls wahren bzw. zurückerobern. Dies erhellen nicht zuletzt die Beschäftigtenzahlen in den einzelnen Branchen. So fanden in der schlesischen Holzindustrie vor dem Zweiten Weltkrieg allein 50 000 Menschen Beschäftigung; in der Woll-, Baumwoll- und Seidenindustrie waren es nicht weniger als 17 500. Erhebliche Bedeutung besaß auch das Bastfaser-gewerbe, d. h. die Branche für die Bearbeitung von Flachs, Hanf und Jute. Im Jahre 1939 waren in ihr rund 24 000 Menschen beschäftigt. Internationalen Ruf genoß vor allem die schlesische Leinenindustrie. Die Textilindustrie der Provinz Schlesien in ihrer Gesamtheit umfaßte 180 größere Betriebe mit 193 000 Spindeln und 24 000 mechanischen Webstühlen. Schlesiens Nahrungsmittelindustrie schließlich, aufbauend auf der Landwirtschaft des Landes, beschäftigte im Jahre 1939 91 800 Menschen.⁷

Trotz einer außergewöhnlich ungünstigen Ausgangslage im Jahre 1919 war es der schlesischen Wirtschaft durch Zähigkeit und Beharrlichkeit gelungen, nicht nur ihre quantitative, sondern auch ihre qualitative Ausnahme-position innerhalb des ostdeutschen Raumes zu behaupten, respektiert von der Konkurrenz des In- und Auslandes. Die hohe Qualität schlesischer Fertigerzeugnisse beweisen deren Exportchancen in besonderem Maße. Eine außergewöhnlich starke Position unter den exportierenden Branchen der Provinz nahmen der Maschinenbau, die keramische Industrie sowie die Textilindustrie ein. Ihre Erzeugnisse gingen in sämtliche Länder der Erde.

6) Fuchs, Schlesiens Industrie, S. 42.

7) Ebenda, S. 43: Zu Oberschlesien vgl. K. Fuchs: Zur Lage West- und Ost-Oberschlesiens 1919—1939, in: Scripta Mercaturae 2 (1976), S. 53—74.

Den Standard der Wirtschaft Schlesiens vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs mögen — zusammenfassend — die folgenden Zahlen verdeutlichen: Von den Berufstätigen waren 22,4 v. H. in der Landwirtschaft, 37,5 v. H. in Industrie und Handwerk, 14 v. H. im Handel und 26,1 v. H. in öffentlichen und häuslichen Diensten sowie in freien Berufen beschäftigt.⁸

II.

Der Zweite Weltkrieg brachte für Schlesien bereits wenige Wochen nach Kriegsausbruch Änderungen, die grundsätzlicher Art waren. Nach der Besetzung Polens nämlich wurden am 8. Oktober 1939 die Wojewodschaft Schlesien sowie Teile der Wojewodschaften Krakau und Kielce als neuer Regierungsbezirk Kattowitz der Provinz Schlesien zugewiesen. Wenn es auch am 1. April 1941 zu einer Teilung Schlesiens in zwei Provinzen kam — Oberschlesien mit einem Flächenumfang von 20 635 qkm und 4 256 888 Einwohnern und Niederschlesien mit 26 985 qkm Flächenumfang sowie 3 286 539 Einwohnern —, so blieb die im Oktober 1939 vollzogene Vereinigung des Westgebiets Oberschlesien mit dem bisher polnischen Ostgebiet doch bestehen. Von wirtschaftspolitisch hervorragender Bedeutung war, daß am 11. Dezember 1939 die sog. Haupttreuhandstelle Ost⁹ den Reichswerken „Hermann Göring“¹⁰, die auf den ausdrücklichen Befehl Hermann Görings hin sowohl an Kohlefeldern als auch an Zechen in Oberschlesien Eigentum erhalten sollten, die treuhänderische Verwaltung des weitgehend unbeschädigt in deutsche Hand gelangten gesamten in Ostoberschlesien gelegenen Bergwerks- und Felderbesitzes des ehemaligen polnischen Staates übertrug. Verbunden war mit der Übertragung der Auftrag, eine Felderbereinigung nach bergwirtschaftlichen Grundsätzen durchzuführen. Darüber hinaus erhielten die Reichswerke ebenfalls Steinkohlenbesitz anderer Unternehmen zur Nutzung überantwortet. Somit hatten die Reichswerke „Hermann Göring“ auch im oberschlesischen Steinkohlenrevier sich zu etablieren vermocht.

8) J. Kaps (Hrsg.): Die Tragödie Schlesiens 1945/46 (dtv-Dokumente 62), München 1962, S. 16.

9) Die Haupttreuhandstelle Ost, im Oktober 1939 durch den Wirtschaftsfachmann Paul Pleiger geschaffen, hatte die Aufgabe, „das aus polnischer Hand für das Reich zu übernehmende Eigentum an Grundstücken, Betrieben, beweglichen Gegenständen und Rechten“ zu betreuen und zu verwalten; sie war ermächtigt, „für Unternehmen und Vermögenswerte aller Art kommissarische Verwalter einzusetzen“ (M. Riedel: Eisen und Kohle für das Dritte Reich. Paul Pleigers Stellung in der NS-Wirtschaft, Göttingen, Frankfurt/Main, Zürich 1973, S. 301).

10) Bezeichnung für die durch das Deutsche Reich zwischen 1937 und 1941 gegründeten Gesellschaften, insbesondere für die „AG für Berg- und Hüttenbetriebe (vormals Reichswerke), Berlin“ mit Verwaltungssitz in Salzgitter-Drütte, deren Gründung im Jahre 1941 erfolgte. G. Bergemann: Stadtgründung ohne Beispiel: Salzgitter, Salzgitter 1964; M. Riedel: Vorgeschichte, Entstehung und Demontage der Reichswerke im Salzgitter-Gebiet, Düsseldorf 1967; H. Treblian: Das Salzgittergebiet. Eine Untersuchung der Entfaltung

Zur Bewältigung der sich in Oberschlesien ergebenden Aufgaben gründeten die Reichswerke die Bergwerksverwaltung Oberschlesien GmbH der Reichswerke „Hermann Göring“, Kattowitz. In dieser Gesellschaft sollte ein möglichst großer Teil des Kohlenbesitzes zusammengefaßt werden, der bis zu diesem Zeitpunkt von der Haupttreuhandstelle Ost verwaltet wurde. Im Januar 1941 erfolgte die Erhöhung des Stammkapitals der Bergwerksverwaltung Oberschlesien von 1 Mill. auf 200 Mill. Mark; das Deutsche Reich übernahm einen Geschäftsanteil von 199 Mill. Mark und brachte u. a. in das Unternehmen ein: a) das gesamte aktive Anlage- und Umlaufvermögen der Hohenlohe AG mit den Zinkbetrieben und Berggerechtsamen auf Zink; b) den Besitz der Czernitzer Steinkohlen AG; c) sämtliche Steinkohlenbergwerke der IG Kattowitz; d) den gesamten ehemals polnischen Staatsbesitz an Bergwerken, Bergwerksfeldern, Schürfbetrieben sowie sonstigen Berggerechtsamen; e) die Betriebe der ehemaligen Öhringen-Bergbau AG; f) eine Beteiligung an der Rybniker Steinkohlengewerkschaft, der Steinkohlengewerkschaft Charlotte sowie der Preußen AG.¹¹

Im Frühjahr 1940 wurde die Bergwerksverwaltung Oberschlesien beauftragt, die Förderleistung der Zechen des Unternehmens, die im Frieden bei einer Tagesleistung von 58 000 t gelegen hatte, sobald wie möglich auf 100 000 t pro Tag zu steigern. Darüber hinaus sollte sie einen Plan erarbeiten, demzufolge die Tagesförderung auf 120 000 t zu erhöhen sei. Den Planungen der Reichswerke lag die Vorstellung zugrunde, daß sie ihren ober-schlesischen Kohlenbesitz keineswegs nur vorübergehend, sondern auf Dauer behalten werde; ein etwaiger Verlust im Verlauf des Krieges wurde nicht in Erwägung gezogen. Daher waren die Planungen nicht nur auf die Realisierung der geforderten Erhöhung des Förderungsprogramms gerichtet; sie umfaßten ebenfalls ein groß angelegtes Modernisierungsprogramm. Dementsprechend wurde im weiteren Verlauf des Krieges namentlich der Untertagebetrieb der Zechenanlagen auf einen hohen technischen Stand gebracht. Mit diesen Arbeiten gingen Hand in Hand die Abteufung neuer Schächte, die Erschließung von Felderteilen und Sohlen sowohl durch Querschläge als auch durch Richtstrecken und Gesenke. Auf Grund dieser Arbeiten konnten die zum Abbau bereitgestellten Kohlenmengen ständig erhöht werden, wiewohl die Förderung ständig stieg. Der Umfang des Modernisierungs- und Ausbauprogramms von April 1940 bis Ende 1944 wird dadurch verdeutlicht, daß in das betriebliche Anlagevermögen, vor allem für Schachtanlagen, Kraftwerke, Schwelanlagen und Kokereien, rund 120 Mill. Mark investiert wurden. Wegen des erreichten hohen technischen Standes besaß die Bergwerksverwaltung Oberschlesien in Fachkreisen Wertschätzung und Ansehen.¹²

funktionaler Beziehungen und sozioökonomischer Strukturen im Gefolge von Industrialisierung und Stadtentwicklung, Göttingen 1976.

11) Vgl. hierzu den Vertrag zwischen dem Deutschen Reich sowie der Bergwerksverwaltung Oberschlesien GmbH der Reichswerke „Hermann Göring“, am 13. 1. 1941 abgeschlossen zu Kattowitz (Riedel, S. 302).

12) Riedel, S. 302 f.

Man hat die Maßnahmen in Oberschlesien, die Steinkohlenförderung zu steigern, im Zusammenhang mit der Tatsache zu sehen, daß die Steinkohleversorgung während des gesamten Krieges nicht nur schwierig, sondern unzureichend war. Zwar verbesserte sich die Kohlenversorgungslage Deutschlands durch den Ausgang des Polenfeldzugs von der Produktionsseite her wesentlich. Immerhin machte die Steinkohlenförderung Polens vor dem Kriege mehr als ein Fünftel derjenigen des Deutschen Reiches aus.¹³ Doch obwohl die polnische Kapazität den kriegsbedingten Erzeugungsrückgang im Reichsgebiet nicht nur ausglich, sondern darüber hinaus sogar eine Erhöhung der Gesamtförderung ermöglichte, reichte dies zur Bedarfsdeckung nicht aus. Die Nachfrage der Wirtschaft und des privaten Sektors sowie des Auslands, insbesondere Italiens, führten zu Versorgungsengpässen, die mit Fortdauer des Krieges zunahmen, zumal die Beanspruchung der Verkehrsmittel, namentlich der Eisenbahn, durch die Wehrmacht zusätzliche Schwierigkeiten schuf.

Während der sog. Blitzkrieg-Phase des Zweiten Weltkrieges, d. h. vom September 1939 bis zur Wiedereroberung von Rostow am Don durch die Rote Armee im Dezember 1941, war die deutsche und damit auch die Wirtschaft Schlesiens noch stark auf die Produktion von Gütern für den zivilen Bereich ausgerichtet. Daher stellte eine beträchtliche Anzahl von Industriegruppen in den Jahren 1940 und 1941 nicht-militärische Güter mit steigendem Produktionswert her, darunter die Glasindustrie, die keramische Industrie, das Druckgewerbe, die Nahrungsmittelindustrie, die Brauerei- und Mälzereiindustrie sowie die Zuckerindustrie¹⁴, die sämtlich in Schlesien stark vertreten waren. Die Gründe für die Aufrechterhaltung des zivilen Lebensstandards waren einmal der Erfolg des Blitzkriegs selbst, der Deutschland in die Lage versetzte, in großem Umfange Rohstoffe, Arbeitskräfte und Nahrungsmittel aus den besetzten Gebieten zu beziehen; sodann sollte die sonst übliche Belastung der Volkswirtschaft durch den Krieg vermieden werden. Dies glaubte man sich deshalb leisten zu können, weil mit einer langen Kriegsdauer nicht gerechnet wurde. Die Industrie sah daher den Marktchancen der Nachkriegszeit mit Zuversicht entgegen.¹⁵

In den Kreis der für die Rüstung arbeitenden Fertigungsbetriebe wurden vor allem die der eisenverarbeitenden Industrie einbezogen. Zu den bedeutendsten Unternehmen Schlesiens auf dem eisenverarbeitenden Sektor zählte die Waggon- und Maschinenfabrik Linke-Hofmann-Werke AG in Breslau. Ihr Schicksal während des Krieges darf als weitgehend symp-

13) Ebenda, S. 271. — Während des Kohlewirtschaftsjahres 1938/39 betrug die Steinkohlenförderung im Deutschen Reich — einschließlich Österreichs („Ostmark“) und des Sudetenlandes ab Oktober 1938 — 187 481 Mill. t, in Polen 41 649 Mill. t (Riedel, S. 271, Anm. 2).

14) A. S. Milward: Die deutsche Kriegswirtschaft 1939—1945, Stuttgart 1966, S. 31; R. Wagenführ: Die deutsche Industrie im Kriege 1939—1945, Berlin ²1963.

15) Milward, S. 32.

tomatisch für das zahlreicher anderer schlesischer Werke gelten, weshalb hierauf, gleichsam exemplarisch, näher eingegangen werden soll.

Nachdem zunächst nur Aufbauten für „Kübelwagen“ für die Wehrmacht in großen Stückzahlen produziert wurden, kamen bald Aufträge für schienengebundene Spezialfahrzeuge hinzu. Ein neuartiges Programm für das Unternehmen stellten die Entwicklung sowie die Lieferung von Eisenbahn-Panzerzügen dar, von denen während des Krieges zwölf gebaut wurden. Dazu traten Panzerwannen für Panzerkampfwagen und Aufbauten für gepanzerte Kraftwagen.¹⁶

Während diese kriegsbedingten Produkte ohne besondere Schwierigkeiten aus der zivilen Fertigung heraus entwickelt und hergestellt werden konnten, war dies hinsichtlich des dem Werk im Mai 1943 durch das Rüstungsministerium erteilten Auftrags nicht mehr der Fall. Die Linke-Hofmann-Werke wurden dadurch nämlich zur Leitfirma für die Fertigung des „Ofens“, d. h. des eigentlichen Antriebsmotors, der V 2-Rakete bestimmt. Ab Oktober 1943 schon hatte das Werk die ersten „Öfen“ zu liefern. Die Fertigung sollte in dem Maße gesteigert werden, daß bereits ab März 1944 ein monatlicher Ausstoß von 900 Stück gesichert wäre. Wohl wurden für die umfangreiche Aufgabe von der Leitfirma Linke-Hofmann-Werke noch verschiedene andere Betriebe Schlesiens und Sachsens herangezogen; jedoch entfielen auf das Breslauer Unternehmen weit mehr als 70 v. H. der Gesamtleistung für dieses Programm. Trotz großer Schwierigkeiten, die sich anfangs ergaben, konnte die Liefermenge von zunächst 450 Antriebsöfen auf die geforderten 900 Stück pro Monat gesteigert werden, auf eine Stückzahl mithin, die hinsichtlich der übrigen V 2-Teile, insofern sie in anderen Betrieben produziert wurden, nicht erreicht wurde. Das V 2-Programm wurde somit zu einem erheblichen Teil durch Linke-Hofmann in Breslau verwirklicht.¹⁷

Außer der Fertigung der „Öfen“ wurde das Breslauer Unternehmen seiner besonderen Leistungsfähigkeit wegen auch noch mit der serienmäßigen Produktion der Hecks für die V 2-Rakete beauftragt. Das Heck umfaßte den hinteren äußeren Abschluß der Rakete mit dem Antriebsorgan, d. h. dem „Ofen“, der Druckanlage, dem Turboaggregat sowie der Gasergänzungsanlage mit ihren zahllosen Armaturen.

Verständlicherweise ergaben sich im Zusammenhang mit der dem Breslauer Werk gestellten Aufgabe Schwierigkeiten besonderer Art. So standen für das Sonderfertigungsprogramm lediglich ein Raum von 8 000 qm und 800 Arbeitskräfte zur Verfügung. Letztere umfaßten jedoch nur 200

16) 120 Jahre Linke-Hofmann-Busch, Salzgitter-Watenstedt, 1839—1959, Bd 1: Linke-Hofmann-Werke Breslau; Waggon- und Maschinenfabrik A. G. Busch Bautzen, Sächsische Waggonfabrik Werdau A. G. Werdau, o. O. (1959), S. 99 ff.

17) Da die Fertigung anderer „Hauptgruppen“ der Rakete in sonstigen Werken auch nicht annähernd in so hohen Stückzahlen erfolgte, mußte die Produktion im Breslauer Linke-Hofmann Werk wieder zurückgenommen werden. Die größte Produktionszahl, die daher jemals in einem Monat erreicht wurde, lag bei 700 Stück. Vgl. hierzu 120 Jahre Linke-Hofmann-Busch, Bd 1, S. 125, und Milward, S. 96.

deutsche Fachleute, während es sich bei den restlichen 600 in der Mehrzahl um Ausländer handelte, die in nur wenigen Fällen vorher in der Industrie tätig gewesen waren. Von den Schwierigkeiten, die aus der Geheimhaltung und der Störung durch fortwährend geforderte konstruktive Änderungen resultierten, sei dabei einmal ganz abgesehen. Wenn Linke-Hofmann dennoch in der Lage war, derart hochempfindliche Apparate trotz völliger Voraussetzungslosigkeit herzustellen, dann beweist dies die außerordentliche Leistungsfähigkeit des Unternehmens, speziell einiger weniger Mitarbeiter, die unermüdlich an die Lösung der fertigungstechnischen Probleme, welche selbst von den ersten Spezialisten auf dem Gebiet der Raketentechnik für unüberwindlich gehalten wurden, herangingen. Es verdient höchste Bewunderung, daß Waggonbauer sich in kürzester Frist die komplizierten Techniken des Raketenbaues nicht nur eigneten, sondern darüber hinaus auf ihnen bisher unbekanntem Fertigungsgebieten bahnbrechende Leistungen vollbrachten, auf denen der Raketenbau nach dem Kriege basierte.

Außer der Fertigung von „Öfen“ und Hecks für das V 2-Programm wurde den Linke-Hofmann-Werken die Gesamtfabrikation der Fliegerabwehrrakete „Wasserfall“ übertragen, ausgenommen das Steuerungssystem. Die Rakete „Wasserfall“ wurde wie die V 2 senkrecht von einer Rampe abgeschossen und nach optischer Sicht ferngesteuert; sie erreichte Höhen von 24 km und hatte einen Wirkungsbereich von 26 km Radius.¹⁸ Die Produktion des Flugkörpers „Wasserfall“ erfolgte im Breslauer Linke-Hofmann-Werk unterirdisch, ebenfalls die Entwicklungsarbeiten an weiteren Sonderraketen.

Sämtliche Rüstungsaufträge, die die Linke-Hofmann-Werke seit 1943 erhalten hatten, wurden während der ersten Hälfte des Jahres 1944 zusammengefaßt und ihre Ausführung einem besonderen Tochterunternehmen, der „Peterbau GmbH“, übertragen. Gleichzeitig war man bestrebt, die geheime Fertigung unterirdisch außerhalb Breslaus vorzunehmen. Vorgesehen waren hierfür die unterirdischen Kasematten der Festung Silberberg im Eulengebirge. Dort sollten außerdem Raketen aller Art hergestellt werden. Diese Absicht zerschlug sich jedoch durch den schnellen russischen Vormarsch seit Mitte des Jahres 1944. Daher wurde angeordnet, sämtliche in der „Peterbau GmbH“ vereinigten Produktionen nach Kleinbodungen bei Nordhausen im Harz zu verlegen. Tatsächlich erfolgte im Januar 1945 die vollständige Auslagerung nicht nur der Geheimfertigung aus den Breslauer Linke-Hofmann-Werken, sondern auch die der übrigen mit der V 2-Produktion befaßten sonstigen Herstellungsbetriebe in Schlesien, ohne daß es hierbei zu Schwierigkeiten gekommen wäre.¹⁹

Man hat diese Entwicklungen und Produktionen im Zusammenhang mit dem Luftkrieg über dem Reichsgebiet zu sehen, der besonders seit der

18) 120 Jahre Linke-Hofmann-Busch 1839—1959, Bd 1, S. 109 f.

19) Mit der Auslagerung war auch die Umquartierung sämtlicher Mitarbeiter und deren Familien verbunden (120 Jahre Linke-Hofmann-Busch 1839—1959, Bd 1, S. 111).

zweiten Jahreshälfte 1943 immer heftiger wurde. Die Großstädte waren nahezu alle erfaßt, und auch von den Mittelstädten blieben nur wenige verschont.²⁰ — Außerhalb des Operationsgebietes der amerikanischen und britischen Luftwaffe lagen 1943 allerdings immer noch die Erzeugungs- und Verarbeitungskapazitäten in Schlesien. Angriffshindernisse, die so lange bestanden, als die Alliierten von britischen und afrikanischen Basen aus operieren mußten, waren jedoch seit dem Februar 1944 nicht mehr oder doch nur in geringem Umfang gegeben. Seit dem Abfall Italiens im September 1943 gerieten nämlich die Alliierten zusätzlich in den Besitz italienischer Flugplätze. Nunmehr konnten im Grunde genommen sämtliche Teile des Reichsgebiets durch die Verbände des strategischen Bomberkommandos erreicht werden. Mit den Frühjahrs- und Sommermonaten 1944 verbesserten sich ihre Chancen noch infolge des günstigeren Flugwettens.²¹ Gleichwohl blieb die Lage Schlesiens vergleichsweise sehr günstig, da die langen An- und Rückflüge der alliierten Bomber hierher große Risiken, die sich aus der deutschen Abwehr ergaben, in sich bargen. Sieht man von dem Angriff von Verbänden der 15. amerikanischen Luftflotte am 7. Juli 1944 auf die Hydrierwerke in Blechhammer in Oberschlesien, wo erst am 29. Mai 1944 die erste Benzinkammer angefahren worden war, und in Heydebreck ab, so blieb Schlesien von Luftangriffen so gut wie verschont. Durch den Angriff auf die Hydrierwerke in Heydebreck fiel übrigens die durchschnittliche Monatsleistung von 2 500 t auf 916 t ab.²²

Angesichts der relativ günstigen Situation Schlesiens, die ihm aus seiner geographischen Lage erwuchs, nahm seine Bedeutung als Wirtschaftsfaktor mit der Fortdauer des Krieges zu. Insbesondere das oberschlesische Revier erlangte während der Endphase des Zweiten Weltkriegs für die Kohleversorgung großer Teile Deutschlands eine ähnlich herausragende Rolle, wie sie die Linke-Hofmann-Werke seit 1943 für die Reichsverteidigung besaßen. Im November 1944 hatte die Steinkohlenförderung des Reiches einen außergewöhnlichen Tiefstand erreicht. Ursachen für den Produktionsrückgang waren insbesondere der totale Ausfall des Aachener sowie des größten Teils des Lothringer Kohlenbeckens, zudem die massiven Feindeinwirkungen auf die Zechen an Rhein, Ruhr und Saar. Daher war der Bedarf sowohl auf dem zivilen als auch auf dem militärischen Sektor nicht mehr zu decken. Demgegenüber befanden sich in Oberschlesien Förderung und Verkehr noch weitgehend in einem intakten Zustand. „Verglichen mit dem nahezu pausenlos von schweren Luftangriffen heimgesuchten rheinisch-westfälischen Gebiet konnte dieser Raum geradezu

20) Der Luftkrieg über Deutschland 1939—1945, hrsg. von E. Klöss, München 1963; G. W. Feuchter: Der Luftkrieg, Frankfurt/M., Bonn 1964; H. Kehrl: Krisenmanager im Dritten Reich. 6 Jahre Frieden — 6 Jahre Krieg. Erinnerungen, mit kritischen Anmerkungen und einem Nachwort von E. Viehhaus, Düsseldorf 1973, S. 326.

21) W. Birkenfeld: Der synthetische Treibstoff 1933—1945. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Wirtschafts- und Rüstungspolitik, Göttingen, Berlin, Frankfurt/M. 1964, S. 210 f.

22) Ebenda, S. 193 und S. 244.

als eine Oase des Friedens erscheinen.“²³ Daher erhielt die oberschlesische Kohle in der Schlußphase des Krieges eine entscheidende Bedeutung für die Wirtschaft des Reiches. Zu berücksichtigen ist hierbei, daß der Ausfall auch des oberschlesischen Reviers vom November 1944 an nur noch eine Frage der Zeit war. Die Ostfront verlief damals — am Kurischen Haff beginnend — im großen und ganzen an der Grenze Ostpreußens, dann am Narew, von da ab weiter an der Weichsel entlang. Doch war es der Sowjetarmee an der Weichsel bereits gelungen, einige Brückenköpfe auf dem westlichen Weichselufer zu bilden: bei Magnuszew, bei Puławy, vor allem aber bei Baranów. Südlich von Baranów überschritt die Frontlinie die Weichsel und zog sich von dort in gerader Richtung nach Süden bis Ungarn. Insbesondere wegen der außerordentlichen Bedeutung Oberschlesiens für die Kohleversorgung weiter Teile des Reiches hätte die Ostfront nachhaltig gesichert werden müssen. Und es war vor allem die Magistrale, die Bahnlinie von Kattowitz nach Gdingen, die die Hauptstrecke für den Abtransport oberschlesischer Kohle darstellte. Von 160 000 t Kohle, die täglich aus Oberschlesien versandt wurden, gingen 60 000 t über die Magistrale ab. Die Strecke diente dazu, die Häfen der Ostsee und — teilweise über den Kaiser-Wilhelm-(Nord-Ostsee-)Kanal — auch Hamburg mit Industriekohle, Kohle für den Hausbrand und Bunkerkohle für die Seeschifffahrt zu versorgen. Darüber hinaus wurden von der Magistrale sämtliche Kohlezüge zur Versorgung des gesamten nordostdeutschen Raumes abgezweigt. Daher beschwor eine längere Unterbrechung der Magistrale eine Gefährdung sowohl der Ostseeschifffahrt als auch der Produktion in Norddeutschland herauf, da nach dem weitgehenden Ausfall des Ruhrreviers noch allein die oberschlesische Qualitätskohle in bedeutendem Umfang zur Verfügung stand. Konnten die Magistrale und darüber hinaus Oberschlesien nicht gesichert werden, dann war ein schneller wirtschaftlicher Zusammenbruch des Reiches die unausweichliche Folge.²⁴

Doch nicht allein Oberschlesien, sondern dem gesamtschlesischen Raum war zu jener Zeit eine außerordentliche Bedeutung zugewachsen, die seinen Schutz notwendiger denn je machte. Bis etwa zu Beginn des Jahres 1945 erfüllte Schlesien die Funktion des „Luftschutzkellers“ Deutschlands. Tausende von Ausgebombten aus dem Westen des Reichsgebietes hatten in der von Kriegsschäden noch nicht betroffenen Provinz, die — wie eingangs dargelegt — über vorzügliche landwirtschaftliche Produktionsgebiete verfügte und daher zu deren Versorgung weitgehend in der Lage war, eine Zuflucht gefunden. Nur ein einziges Mal, im Herbst 1944, als die russischen Armeen sich bereits auf die Reichsgrenzen zubewegten, hatten sowjetische Flieger einen Angriff auf Breslau geflogen. Wegen der dennoch relativ großen Sicherheit des Luftraumes über Schlesien waren nach

23) Riedel, S. 351.

24) Zur Kohlenmagistrale, deren Trasse 553 km lang war und die 1933 fertiggestellt werden konnte, vgl. A. W. Hackenberg: Die polnische Kohlenmagistrale, in: Beitr. zur Wirtschafts- und Verkehrsgeschichte Polens. Jb. f. d. Jahr 1938, Berlin 1939, S. 51—74.

den Kurorten der schlesischen Gebirge, vor allem des Riesengebirges, Teile des Berliner Verwaltungsapparates, des Auswärtigen Amtes, des Finanzministeriums sowie andere Abteilungen der staatlichen Verwaltung verlegt worden. Und Breslau selbst hatte im Zuge der Evakuierungen aus den bombengefährdeten Reichsteilen einen erheblichen Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen, und zwar von 629 600 im Jahre 1939 auf rd. 1 Mill. 1944. In den übrigen Teilen der Provinz lebten außer den Einheimischen, deren Zahl sich bei der letzten Volkszählung im Jahre 1939 auf 4 868 800 belief, weitere Hunderttausende von Evakuierten.²⁵

Eine derartige Überfrachtung Schlesiens, die bedeutende zusätzliche Anforderungen an seine Wirtschaftskraft stellte, wäre in dem angesprochenen Ausmaß ohne das außerordentlich leistungsfähige Verkehrsnetz, d. h. vor allem die den schlesischen Raum erschließenden Schienenwege, kaum möglich gewesen. Denn nicht nur wurde ein erheblicher Teil des Nachschubs an die Ostfront über das schlesische Eisenbahnnetz geleitet, auch den An- und Abtransport der zivilen Güter hatte es in erster Linie zu tragen. So floß die Steinkohle des Waldenburger Reviers nach den übrigen Teilen Schlesiens sowie nach Sachsen und Berlin hauptsächlich über die Eisenbahn ab, zudem die Erzeugnisse der dort ansässigen eisenverarbeitenden Industrie. Die Anforderungen an die Schiene drücken sich allein schon in der Tatsache aus, daß im Waldenburg-Neuroder Revier 1944 4,6 Mill. t Steinkohle gefördert wurden.

Ähnlich nahm sich die Lage der übrigen Bereiche der nieder- und ober-schlesischen Wirtschaft aus. Da der Oder als Wasserstraße infolge ihres unzureichenden Ausbaus lediglich eine sekundäre Bedeutung zukam, wurde der Verkehr hauptsächlich über die Schiene abgewickelt: In östlicher Richtung über die Strecken Breslau—Oppeln—Heydebreck—Kattowitz bzw. Breslau—Oppeln—Heydebreck—Ratibor—Oderberg sowie über Breslau—Oels—Kreuzburg—Karf und Beuthen. In westlicher und nordwestlicher Richtung von Breslau aus über Liegnitz—Bunzlau—Kohlfurt und Hansdorf nach Berlin bzw. von Kohlfurt über Görlitz und Cottbus nach Berlin sowie von Görlitz über Bautzen nach Dresden. — Speziell aus dem Waldenburger Revier ging der Warenverkehr über die Linien Königszell—Breslau und Hirschberg—Lauban—Kohlfurt bzw. Lauban—Görlitz. Der ober-schlesische Raum war mit dem Waldenburger Revier auf direktem Wege verbunden durch die Strecke Reichenbach—Frankenstein—Neisse, der böhmische Raum durch die Linie Glatz—Habelschwerdt—Lichtenau.²⁶

25) Kaps, S. 11. Hierzu und zum Folgenden vgl. auch E. Bahr, K. König u. a.: Niederschlesien unter polnischer Verwaltung, Frankfurt/M., Berlin 1967; E. Bahr, R. Breyer, E. Buchhofer: Oberschlesien nach dem Zweiten Weltkrieg. Verwaltung — Bevölkerung — Wirtschaft, Marburg/L. 1975.

26) Vgl. hierzu W. Nietmann: Atlas der Eisenbahnen des deutschen Reiches. Dargestellt in 17 nach politischen Gebieten und Provinzen genannten Spezialkarten, einer Übersichtskarte und einem vollständigen Stationsverzeichnis, Straßburg im Elsaß 1897, Karte 12; G. Schyma: Die Begründung

III.

Insgesamt gesehen, nahm sich, wie dargelegt, die Lage im gesamtschlesischen Raum relativ durchaus günstig aus, bis in der Nacht vom 11. auf den 12. Januar 1945 die russischen Stoßarmeen aus den Weichselbrückenköpfen heraus zu einer Großoffensive antraten. Bereits am Abend des 16. Januar 1945 näherten sie sich Krakau. Die deutsche Heeresgruppe A, die den Auftrag hatte, die beiden schlesischen Provinzen zu schützen, sah sich außerstande, den Vormarsch der Russen unter dem Befehl Marschall Konevs aufzuhalten. So überquerten die sowjetischen Panzerarmeen schon am 19. Januar 1945 die Grenze Schlesien westlich von Tschenschostochau im Raum Guttentag und Kreuzburg O/S. Nur wenige Tage später erschienen die russischen Panzerspitzen bei Brieg, östlich von Breslau, und bei Steinau an der Oder, unterhalb Breslaus. Sie konnten die Oder überqueren und an beiden Orten ausgedehnte Brückenköpfe bilden. Angesichts dieser Situation war am 20. Januar 1945 — viel zu spät — mit der Evakuierung der schlesischen Bevölkerung, zunächst aus den entlang der alten polnischen Grenze liegenden Kreisen, begonnen worden. Ebenfalls um den 20. Januar 1945 setzte der Auszug von 700 000 Menschen aus der Stadt Breslau ein, da sie für den Festungskampf vorbereitet wurde. Doch als ihre Einschließung am 16. Februar schließlich vollzogen war, befanden sich hier immer noch zwischen 200 000 und 300 000 Zivilisten.

Am 30. Januar 1945, als wichtige Gebiete Oberschlesiens bereits besetzt waren, konnte neben dem militärischen auch der wirtschaftliche Niedergang Deutschlands nicht mehr aufgehalten werden. Der Verlust eines beträchtlichen Teils der oberschlesischen Steinkohlenförderung mußte nämlich zu katastrophalen Produktionseinbußen in bedeutenden Teilen des übrigen Reichsgebiets führen, soweit die Produktion dort bisher noch hatte aufrechterhalten werden können.

Wie es um die Kohleversorgung der bisher unbesetzten Teile des Reiches wenige Wochen vor dem Zusammenbruch Deutschlands, gleichzeitig um die Lage Oberschlesiens aussah, erhellt eine an Hitler gerichtete Denkschrift des Reichsministers für Bewaffnung und Munition, Albert Speer, vom 15. März 1945, überschrieben „Wirtschaftslage März—April 1945 und Folgerungen“. Darin heißt es, daß aus den Zentren des deutschen Steinkohlenbergbaus unter normalen Bedingungen pro Tag rund 40 000 Waggons Qualitätskohle abgegangen seien, in den März- und Aprilwochen jedoch nur mehr als 7 700 Waggons täglich, und zwar 3 000 aus dem Ruhrgebiet, 1 000 aus dem Saargebiet und 3 700 aus den noch unbesetzten Teilen Oberschlesiens über Ratibor—Oderberg(—Wien). Somit war das ober-

und Ausgestaltung des oberschlesischen Eisenbahnnetzes bis zum Jahre 1870, in: Mitt. des Beuthener Gesch.- u. Museumsvereins, 11./12. Heft (1928/29), S. 1—74; K. Fuchs: Vom Dirigismus zum Liberalismus. Die Entwicklung Oberschlesiens als preußisches Berg- und Hüttenrevier. Ein Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 18. und 19. Jahrhundert, Wiesbaden 1970, S. 154 ff. u. Karten 1—3.

schlesische Revier trotz der russischen Januaroffensive und kurz vor der deutschen Kapitulation der bedeutendste Kohlelieferant für die noch nicht eroberten Teile des Reiches. Die Kohle kann in dieser Endphase des Krieges nur noch aus dem Ostrau-Karwiner-Revier gekommen sein, das bis gegen Ende des Krieges in deutscher Hand blieb, während das zentrale oberschlesische Industrierevier bereits Ende Januar den Russen fast unzerstört in die Hände gefallen war.

Da mit den Gestellungszahlen für die Monate März/April 1945 die Kohleversorgung der Reichsbahn, der Gas- und Elektrizitätswerke, der Ernährungswirtschaft und schließlich auch der Rüstungswirtschaft in keiner Weise mehr sicherzustellen war, mußte mit dem endgültigen Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft nach Aussage Speers in vier bis acht Wochen mit Sicherheit gerechnet werden.²⁷

27) Riedel, S. 354. — Zu der überraschenden Feststellung in der Denkschrift Albert Speers, daß in den März- und Aprilwochen 1945 aus den noch unbesetzten Teilen Oberschlesiens pro Tag 3 700 Waggons Steinkohle abgegangen seien, haben zwei persönlich Sachkundige, Bergassessor a. D. und Oberbergwerksdirektor (bei der Gewerkschaft Castellengo Abwehr) Dr. Ing. Kurt Repetzki sowie Reichsbahn-Oberinspektor Paul Musiol (ehemaliger Betriebsleiter des Verschiebebahnhofs Gleiwitz) Stellung genommen. Ihre Aussagen sind in einer Mitteilung von Valentin Graf Ballestrem enthalten: „Der Inhalt des ... Zitats Speer muß absolut falsch sein. Ab 21. 1. 45 gab es weder ‚einen noch unbesetzten Teil Oberschlesiens, der noch Kohle fördern konnte‘, noch hatte der Verschiebebahnhof Gleiwitz mehr Loks und Güterzugarnituren fahrbereit. Die letzte Kohle ist aus dem Verschiebebahnhof Gleiwitz am Sa., dem 20. 1. 45 abgegangen. Danach wurden die letzten Loks und Waggons nur zum Abtransport von Menschen verwendet. Musiol ist als Betriebsleiter ... am 21. 1. 45 mit dem allerletzten Zug, einer ‚Sanitäts‘-Garnitur voller Kinder, als das Stadtinnere schon besetzt war, abgefahren. Dieser Zug kam bis Brieg und mußte sich dort vor der Front auflösen. — Nach dem 21. 1. 45 hielt sich der o. a. Dr. Repetzki auf Steinkohlenzechen bei Brünn, der o. a. Herr Musiol als Verbindungsmann der Reichsbahn zur Eisenbahn des Protektorats Böhmen und Mähren auf Bhf. Prerau auf. Die beiden Genannten erlebten, jeder für sich, übereinstimmend, daß zwischen dem ca. 21. 1. und ca. 15. 4. 45 nur noch aus dem zwar geologisch, nicht aber politisch zu Oberschlesien gehörigen Protektorats-Revierteil ‚Mährisch-Ostrau‘ einige Kohlenzüge nach Süden (Prerau—Lundenberg— auch Prag) abgesandt wurden. Sie waren höchst unwillkommen und mußten mühsam abgestellt werden, weil das Gleisnetz des Protektorats bereits durch Truppentransporte, Heimatvertriebene, Kohlenzüge und ‚in Sicherheit gebrachte‘ Wertstücke (Schnellzugloks usw.) völlig verstopft war ... Die angebliche Mitteilung in der Denkschrift Speer kann also nur entweder durch die Auflösung der Rechtssicherheit diktiert oder ein Irrtum sein.“ — Direktor Paul Wolff, ehem. Leiter der Hauptbuchhaltung in der Güterdirektion in Gleiwitz teilt am 26. 11. 1977 folgendes mit: „Ich bezweifle, daß hinsichtlich der Kohletransporte im März/April 1945 eine Berechnung angestellt werden kann. — Bereits seit dem 21. Januar 1945 waren die Kohletransporte auf dem direkten Wege ins Reich ins Stocken geraten. Von diesem Zeitpunkt ab erfolgte sukzessive die Besetzung des Kohlenreviers. — Wie man unter diesen Umständen in einem Bericht vom 15. März zu einer Versandmenge von 3 700 Waggons pro Tag (!) für März und April 1945 kommt, ist ziemlich rätselhaft. Den genannten Bericht halte ich in geschichtswissenschaftlicher Hinsicht für wertlos.“

Als Deutschland schließlich am 8. Mai 1945 kapitulierte, verlief eine einigermaßen feste Front durch Schlesien: Aus dem Raum von Guben am

Bei G. G u n t e r : Letzter Lorbeer, Darmstadt 1976, sind die folgenden Daten festgehalten:

Sperrung der wichtigen Güterstrecke über Groß-Strehlitz	: 20.1.45
Fall der Förder-Schwerpunkte des Reviers	: 21.1.45
Betriebsschluß des Verschiebebahnhofs Gleiwitz	: 21.1.45
Sperrung der Hauptstrecke nördl. Oppeln durch Brückenkopf	: 22.1.45
Fall des Verschiebebahnhofs Kandrzin (Heydebreck)	: 24.1.45
Fall von Wien	: 13.4.45
Fall von Berlin	: 2.5.45
Fall von Breslau	: 6.5.45

Albert Speer, ab 8. 2. 1942 Reichsminister für Bewaffnung und Munition und ab 2. 9. 1943 für Rüstung und Kriegsproduktion, nimmt zu den Auslassungen der o. g. Personen in einem Schreiben vom 24. 1. 1978 an den Vf. u. a. folgendermaßen Stellung: „Meine Denkschrift an Hitler vom 30. Januar 1945 schloß mit dem Satz: ‚Nach dem Verlust von Oberschlesien wird die deutsche Rüstung nicht mehr in der Lage sein, nur im Entferntesten die Bedürfnisse der Front an Munition, Waffen und Panzern zu decken‘. Allerdings könnte es sein, daß das Kohlenvorkommen bei Rybnik, das auch nach dem Verlust Oberschlesiens längere Zeit in deutscher Hand geblieben war, das Abfahren von Kohle ermöglichte. Auf keinen Fall ist anzuzweifeln, daß Pleiger [Speers Denkschrift stützt sich auf entsprechende Mitteilungen Paul Pleigers, Industrie-Manager im 3. Reich und verantwortlich für die Eisen- und Kohleversorgung; Anm. d. Vf.] in seiner Auskunft falsche [offenbar gemeint: richtige; Anm. d. Vf.] Angaben gemacht hat. Wenn er in dem Anhang zu meiner Denkschrift vom 15. März diese Zahlen bekanntgab, dann müssen sie als richtig unterstellt werden, und es ist zu untersuchen, wo diese Kohlenvorkommen lagen.“ — Ergänzend zu dieser Information teilt Speer in einer Nachschrift mit: „Unterdessen habe ich die Beilage zu der Denkschrift an Hitler gefunden [Bei der Beilage handelt es sich um einen Lagebericht Pleigers an Speer vom 7. 3. 1945. Pleiger macht hierin deutlich, daß der totale wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands unmittelbar bevorstehe. Speer teilte diese Einschätzung der Lage und leitete Pleigers Bericht als Anlage zu seiner Denkschrift vom 15.3.1945 an Hitler weiter; lt. R i e d e l, S. 354]. In dem Brief Pleigers heißt es: ‚Nach dem nahezu restlosen Verlust Oberschlesiens, dessen noch verbliebene Revierteile Karwin und Rybnik nur die notdürftige Versorgung eines südöstlichen Teilgebietes einschließlich gewisser Lieferungen nach Italien ermöglichen, ferner nach der verkehrlichen Abriegelung des niederschlesischen Reviers und der Beeinträchtigung des Versandes aus dem sächsischen und niedersächsischen Revier kam es entscheidend darauf an, aus der Ruhr und der Saar unter Einsatz aller Verkehrsmöglichkeiten die Steinkohlenversorgung wenigstens der wichtigsten Bedarfsträger eingeschränkt aufrecht zu erhalten‘. . . . Das bestätigt meine Vermutung, daß es sich bei der Wagengestellung von 3 700 Wagen fäglich um die Gestellung für die oben genannten Räume handelt, wobei anzunehmen ist, daß Ober- und Niederschlesien in einer Ziffer zusammengezogen waren. In einer Anlage ‚Entwicklung der Kohlenlage‘ werden für den 1. bis 10. März 8 485 gestellter Wageneinheiten (in zehn Tonnen) für Steinkohle genannt. Also etwas mehr, als in meinem Bericht an Hitler vom 15. März, voraussichtlich, weil die Zahlen unterdessen abgesunken waren. Es geht daraus hervor, daß die 3 700 Wageneinheiten in der Tat gefahren wurden. In dieser Anlage wird die Wagengestellziffer vom 11. bis 15. März auf insgesamt 7 500 Wageneinheiten festgestellt. Die Bezeichnung ‚aus den noch verbliebenen Teilen Oberschlesiens‘ mag irreführend sein. Es ist nach diesen Denkschriften ziemlich feststehend, um welche Gebiete es sich gehandelt hat.“

westlichen Neiße-Ufer entlang, dann ostwärts Görlitz über Lauban—Löwenberg—Striegau—Strehlen—Neisse—Jägerndorf—Hultschin—Oderberg und Freistadt nach Teschen.²⁸

Noch ehe die Kapitulation Deutschlands erfolgt war, hatten die Polen nach dem sowjetischen Einmarsch in Schlesien die Zivilverwaltung dort übernommen; in den in deutscher Hand verbliebenen Teilen der Provinz übernahmen sie sie bald nach der Kapitulation.

Die Potsdamer Konferenz, die am 2. August 1945 endete, vereinbarte in Abschnitt IX hinsichtlich der Westgrenze Polens u. a. folgendes: „Die Häupter der drei Regierungen [USA, Großbritannien, UdSSR] bekräftigen ihre Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu der Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll. — Die Häupter der drei Regierungen stimmen darin überein, daß bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens die früher deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschließlich des Teiles Ostpreußens, der nicht unter die Verwaltung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Übereinstimmung mit den auf dieser Konferenz erzielten Vereinbarungen gestellt wird, und einschließlich des Gebietes der früheren Freien Stadt Danzig unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen.“ — Abschnitt XIII bestimmte u. a. die „ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile.“²⁹

Auf Grund dieser Vereinbarungen ging ein außerordentlich wichtiger Wirtschaftsraum Deutschlands, der seine hohe Leistungsfähigkeit auf zahlreichen Gebieten im Verlauf des Zweiten Weltkrieges ein letztes Mal hatte unter Beweis stellen können, verloren.³⁰

28) K a p s, S. 32.

29) Quellen zur Entstehung der Oder-Neiße-Linie in den diplomatischen Verhandlungen während des Zweiten Weltkrieges, hrsg. von G. R h o d e u. W. W a g n e r, Stuttgart 1959, S. 296 ff.; K a p s, S. 33 f.

30) Zu den in dem Aufsatz genannten zahlreichen Orten, ihre historische Entwicklung und Bedeutung, auch über das Jahr 1945 hinaus, sei verwiesen auf: Schlesien (Handbuch der historischen Stätten, Bd 15), hrsg. von H. W e c z e r k a, Stuttgart 1977, sowie die hier genannte umfangreiche deutsche und polnische Literatur.

Summary

*On the Importance of Silesia as an Economic Factor
during World War II*

Silesia's politico-economical importance during World War II must be seen against a threefold background: 1. the importance due to it as one of the centres of German heavy industry of Upper Silesia and — somewhat less so — to the Waldenburg region, including the manufacturing branches to a great extent based thereon; 2. its efficient agriculture yielding enough for feeding those working in the industrial sector; 3. its geographical position and, consequently, the safety from air raids lasting — apart from certain curtailments since 1943 — until 1945.

With circumstances of this kind Silesia in the course of World War II not merely became one of the most important areas of production of the German Reich but also one of the most significant areas for sheltering hundreds of thousands of people from districts of the Reich in danger of being bombed — not least from Berlin whence quite a number of offices also removed to Silesia.

Only the Russian offensive of January 1945, by which Silesia, unsufficiently garded by military forces, was for the greater part overrun very fast, led to the loss of the province and to the end of its economic importance for Germany.